



Klienten-Info

Ausgabe 1/2012

Inhalt:

1. STEUERLICHE NEUERUNGEN AB 1.1. 2012 BZW. 1.4.2012	1-5
2. AKTUELLES ZUM THEMA AUTO	4
3. BMF-KASSENRICHTLINIE 2012 (KRL 2012).....	4
4. AKTUELLE ZINSEN.....	5
5. SPLITTER.....	5
6. TERMINE: ÜBERSICHT FÜR DAS ERSTE HALBJAHR 2012	6
7. SOZIALVERSICHERUNGSWERTE UND –BEITRÄGE FÜR 2012	6

Steuerliche Neuerungen ab 1.1. 2012 bzw. 1.4.2012

• **IMMOBILEN**

Umwidmungsabgabe und Liegenschaftsbesteuerung für den Verkauf von Grundstücken und Immobilien, ausgenommen Hauptwohnsitze

Derzeit sind Gewinne aus der Veräußerung privater Liegenschaften als Spekulationsgewinne mit dem vollen Einkommensteuersatz steuerpflichtig, wenn die Liegenschaft innerhalb von 10 Jahren nach der Anschaffung veräußert wird. Bei Veräußerung nach Ablauf der 10-jährigen Spekulationsfrist ist der Gewinn steuerfrei.

Ab 1.4.2012 sollen Gewinne aus der Veräußerung privater Liegenschaften aber **auch außerhalb der 10-jährigen Spekulationsfrist** besteuert werden, und zwar generell mit einem Steuersatz von **25%**. Dieser Steuersatz soll auch im betrieblichen Bereich gelten. Hauptwohnsitze und Häuslbauer ("selbst hergestellte Gebäude") bleiben von den neuen Bestimmungen unberührt. Bei einem Verkauf nach mehr als 10 Jahren wird die Besteuerung durch einen Inflationsabschlag von jährlich 2,5% (bis zu maximal 50%) abgemildert; so soll verhindert werden, dass die Substanz besteuert wird. Die neue Rechtslage gilt für Liegenschaften, die nach dem 1. April 2002 angeschafft wurden und nach dem 31. März 2012 veräußert werden. Die Steuer wird im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung entrichtet.

Aber auch die Veräußerung von vor dem 1. April 2002 erworbenen **Liegenschaften** ("Altvermögen") bleibt nicht völlig steuerfrei. Für **Verkäufe ab 1. April 2012** gelten in diesen Fällen folgende Neuregelungen:

- Werden schon vor dem 1. 4.2002 angeschaffte und **umgewidmete Liegenschaften** (Umwidmung von Grünland in Bauland ab 1.1.1988) veräußert, wird eine Steuer in Höhe von **15% des Verkaufspreises** eingehoben (was der Besteuerung eines pauschal angenommenen Wertzuwachses von 60% des Verkaufspreises mit einem Steuersatz von 25% entspricht).
- **Ohne Umwidmung bzw bei Umwidmung vor dem 1.1.1988** beträgt der **Steuersatz 3,5% des Verkaufspreises** (was der Besteuerung eines pauschal angenommenen Wertzuwachses von 14 Prozent des Verkaufspreises mit einem Steuersatz von 25% entspricht); da die

Grunderwerbsteuer ebenfalls 3,5% beträgt, kommt es bei „Altvermögen“ praktisch zu einer Verdoppelung der derzeitigen Steuerbelastung bei Grundstückstransaktionen.

- Auf Antrag des Steuerpflichtigen wird nur der tatsächliche niedrigere Wertzuwachs besteuert.
- Die Steuer auf Altvermögen wird nicht im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung entrichtet, sondern sie wird – wie bei der Grunderwerbsteuer – durch Notare und Rechtsanwälte eingehoben und an das Finanzamt abgeführt (gilt ab 2013).

Beispiel:

Ein im Jahr 1990 um 100.000 Euro angeschafftes Ferienhaus (= Altvermögen) wird im Herbst 2012 um 170.000 Euro veräußert. Der Mehrerlös (Veräußerungsgewinn) beträgt 70.000 Euro, die Steuerbelastung beträgt 3,5% des Verkaufspreises (!) von 170.000 Euro, das sind 5.950 Euro.

Grundsteuer und Grunderwerbssteuer bleiben übrigens unverändert.

• **SOLIDARBEITRAG FÜR BESSERVERDIENENDE**

Gestaffelte Solidarabgabe befristet bis 2016 für Angestellte ab 184.000 € brutto/Jahr und Unternehmer ab einem Gewinn von 175.000 €

Arbeitnehmer, die mehr als 184.000 € brutto pro Jahr verdienen, müssen von 2013 bis 2016 einen Solidarbeitrag zur Budgetsanierung leisten. Die Regelung soll nach den vorliegenden Medieninformationen im Einzelnen wie folgt aussehen:

- **Bis zu einem Brutto-Monatsbezug von 13.280 € (185.920 € pa) werden der 13. und 14. Bezug unverändert mit 6% besteuert.**
- **Bei darüber hinausgehenden Bezügen wird der 13. und 14. Bezug bis zu einer Grenze von 25.781 € mit 27% besteuert.**
- **Bei darüber hinausgehenden Bezügen bis 42.477 € monatlich beträgt die Steuerbelastung 35,75%.**

Darüber hinaus gilt der **Spitzensteuersatz von 50%**.

Beispiele:

Bei einem Brutto-Monatsbezug von 20 T. € beträgt die Mehrbelastung 2.847 € pa, bei 30 T. € Monatsbezug beträgt sie 7.966 € pa und bei 40 T. € Monatsbezug beträgt sie 14.316 € pa.

Parallel dazu soll für einkommensteuerpflichtige Unternehmer der **13%ige Gewinnfreibetrag (GFB) für Gewinne ab 175.000 € wie folgt reduziert** werden:

Für Gewinne zwischen 175.000 und 350.000 € wird der GFB auf 7% reduziert.

Für Gewinne zwischen 350.000 und 580.000 € wird der GFB auf 4,5% reduziert.

Ab 580.000 € Gewinn gibt es gar keinen GFB mehr.

• **HALBIERUNG DER PRÄMIE FÜR BAUSPAREN UND ZUKUNFTSVORSORGE**

Folgende Änderungen sind geplant:

- Nach der neuen Regelung wird der errechnete **Prozentsatz der Bausparprämie halbiert**. Die Prämie beträgt künftig mindestens 1,5% und maximal 4%. Wer im Jahr 2012 einen 2010, 2011 oder 2012 abgeschlossenen Bausparvertrag kündigt, muss die bisherigen Prämien nicht zurückzahlen.
- Bei der **prämienbegünstigten Pensions- und Zukunftsvorsorge** wird der Prozentsatz von 5,5% auf **2,75%** bis 2016 reduziert. Danach beträgt sie wieder 5,5 %. Das heißt, basierend auf den Daten 2012 würde die Prämie 2013 nur mehr: $2,75\% + 1,5\% = 4,25\%$ betragen.

• **STRIKTERE KONTROLLEN BEI FORSCHUNGSPRÄMIEN UND ANHEBUNG FORSCHUNGSDECKEL BEI AUFTRAGSFORSCHUNG**

Reduzierung des Einnahmenausfalls durch strengere Kontrolle der indirekten Forschungsförderung

(2012: 40 Mio. 2013: 40 Mio. 2014: 40 Mio. 2015: 40 Mio. 2016: 40 Mio.)

Bei der Prüfung von Anträgen auf Forschungsprämie soll in Zukunft die FFG als Know-How-Träger eingebunden werden. Dadurch sollen Synergien genutzt und eine höhere Treffsicherheit erreicht werden.

Im Gegenzug dafür soll für Wirtschaftsjahre, **die ab 1.1.2012 beginnen, die bisherige Deckelung von 100.000 € bei der Auftragsforschung (ausgelagerte Forschungstätigkeit) auf 1 Mio € angehoben werden.**

- **Neuerungen im Bereich der Lohnsteuer**

- **Steuerbefreiung für Auslandsmontagen neu geregelt**

Die bisherige **Lohnsteuerbefreiung für Auslandsmontagen**, die bekanntlich vom Verfassungsgerichtshof im Jahr 2010 aufgehoben wurde, wurde grundlegend neu geregelt. **Ab 1.1.2012** werden **60% der laufenden Bezüge (maximal bis zur ASVG-Höchstbeitragsgrundlage**, das ist für 2012 monatlich € 4.230) von vorübergehend ins Ausland entsendeten Mitarbeitern **steuerfrei** belassen, wenn

- die **Auslandstätigkeit** – ungeachtet ihrer vorübergehenden Ausübung – ihrer Natur nach **nicht auf Dauer angelegt** ist,
- jeweils ununterbrochen über den **Zeitraum von einem Monat** hinausgeht,
- die Entsendung aus dem **EU/EWR-Raum** oder der Schweiz erfolgt,
- der Einsatzort mehr als **400 km von der nächstgelegenen österreichischen Grenze entfernt** ist,
- die Entsendung nicht in eine ausländische Betriebsstätte des Arbeitgebers erfolgt und
- die Arbeit unter im Gesetz näher definierten **erschwernten Bedingungen** erfolgt.

Die Befreiung gilt auch für Kommunalsteuer, DB-FLAF und DZ.

Die Steuerfreiheit **steht nicht zu**, wenn der **Arbeitgeber Zulagen und Zuschläge gemäß § 68 EStG steuerfrei behandelt** oder die **Kosten für mehr als eine Familienheimfahrt im Kalendermonat trägt** oder wenn der Arbeitnehmer selbst die mit der Auslandstätigkeit verbundenen Werbungskosten (inklusive Familienheimfahrten und doppelter Haushaltsführung) geltend macht.

Für jene **Arbeitnehmer**, deren **Einsatzort innerhalb der 400 km-Zone liegt** und die nach der Neuregelung daher nicht mehr unter die Begünstigung fallen, kann **für 2012** noch die ursprünglich vorgesehene Übergangsregelung angewendet werden, wonach **33% der Bezüge** für die begünstigte Auslandstätigkeit **steuerfrei** bleiben.

- **Pendlerpauschale – neue Unzumutbarkeitskriterien**

Anstelle der bisherigen starren Unzumutbarkeitskriterien wurde mit dem Ende 2011 veröffentlichten Lohnsteuer-Wartungserlass 2011 eine **flexible Staffelung der Wegzeiten** eingeführt. Dem Arbeitnehmer steht ein Pendlerpauschale (Antrag L 34 beim Arbeitgeber) zu, wenn der Arbeitsweg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte eine Entfernung von mindestens 20 km umfasst (kleines Pendlerpauschale) oder die Benützung eines Massenbeförderungsmittels zumindest hinsichtlich des halben Arbeitsweges nicht möglich oder nicht zumutbar ist (großes Pendlerpauschale). Bezüglich der **Unzumutbarkeit der Benützung eines Massenbeförderungsmittels** gilt nunmehr Folgendes:

Wegzeit für einfache Wegstrecke	Benützung Massenbeförderungsmittel (MBM)	Anmerkung
bis 90 Minuten	zumutbar	
zwischen 90 Minuten und 150 Minuten (2,5 Stunden)	zumutbar	wenn die Wegzeit für die einfache Wegstrecke mit dem MBM höchstens dreimal so lange dauert als die Fahrzeit mit dem Kfz
über 150 Minuten (2,5 Stunden)	unzumutbar	

Für bereits laufende Pendlerpauschalen ist die Neuregelung **spätestens ab 2013** anzuwenden, was offenbar bedeutet, dass sich aus der Neuregelung ergebende Verschlechterungen erst ab 2013 wirksam werden sollen.

- **Sachbezug Dienstwohnung**

Die Sachbezugswerte für Dienstwohnungen pro Quadratmeter Wohnfläche betragen für **2012 unverändert gegenüber 2011**:

Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
4,47 €	5,74 €	5,03 €	5,31€	6,78 €	6,76 €	5,99 €	7,53 €	4,91 €

- **Neuerungen im Bereich der Bundesabgabenordnung**

- **Berufungszinsen gem § 205a BAO:**

Wird im Falle der Berufung gegen eine Steuervorschreibung die Steuer zunächst bezahlt, in der Folge aber die Berufung gewonnen, so wird die bezahlte Steuer zwar wieder gutgeschrieben, bisher allerdings ohne Verzinsung. Dieses **einseitige Zinsenrisiko** des Steu-

erpflichtigen wird ab 2012 dadurch beseitigt, dass ab 1.1.2012 im Falle der **positiven Erledigung einer Berufung** die **bereits bezahlten** und durch die Berufung **wieder gutgeschriebenen Steuerbeträge verzinst werden**. Die Berufungszinsen betragen 2 % über dem Basiszinssatz, somit **derzeit 2,38 % pa**. Zinsen die den Betrag von € 50 nicht erreichen, sind aber nicht festzusetzen. Berufungszinsen werden nur für den Zeitraum ab Entrichtung der strittigen Steuer bis zur Berufungsentscheidung gutgeschrieben. Wurden strittige Abgaben bereits vor dem 1.1.2012 entrichtet, erfolgt eine **Verzinsung erst ab dem 1.1.2012**. Im Bereich der **Landes- und Gemeindeabgaben** gibt es nach wie vor **keine Berufungszinsen**. Zu beachten ist, dass Berufungszinsen, die mit Einkommen- oder Körperschaftsteuern in Zusammenhang stehen, nicht steuerbar sind, dh nicht versteuert werden müssen! Berufungszinsen für andere Steuern (wie zB Umsatzsteuer oder Lohnabgaben) sind hingegen als Betriebseinnahmen zu erfassen und steuerpflichtig. Eine **Gutschrift** von Berufungszinsen erfolgt nur auf **Antrag**.

- **Bescheidberichtigung nach § 293c BAO:**
Nach dieser neuen Bestimmung kann auf Antrag einer Partei oder von Amts wegen ein Abgaben- oder Feststellungsbescheid **berichtigt werden**, wenn in ihm **ein Sachverhalt bei periodenübergreifender Betrachtung nicht oder doppelt berücksichtigt wurde**. Diese Bestimmung soll verhindern, dass ein abgabenrelevanter Sachverhalt (wie zB Betriebsausgaben oder Betriebseinnahmen) doppelt oder gar nicht berücksichtigt wird. Die Bestimmung dient zwar der Rechtsrichtigkeit der Besteuerung, höhlt aber andererseits einmal mehr die Rechtsbeständigkeit aus. Die Berichtigung nach § 293c BAO ist bis zum Ablauf der Verjährungsfrist zulässig.

- **Neuerungen im Bereich des Neugründungsförderungsgesetzes (NeuFöG)**

Neugründer, die Arbeitskräfte beschäftigen, sind schon nach bisheriger Rechtslage **von bestimmten lohnabhängigen Abgaben und Beiträgen** (DB, DZ, WBF und UV) **für die Dauer von 12 Monaten** ab dem Monat der Neugründung **befreit**. Da diese im NeuFöG geregelte Befreiung in der Praxis mangels sofortiger Beschäftigung von Arbeitnehmern oft ins Leere ging, wurde sie dahingehend geändert, dass sie nunmehr **in den ersten 36 Monaten ab dem Gründungsmonat in Anspruch genommen** werden kann. Die Befreiung steht aber weiterhin **nur für 12 Monate innerhalb dieses dreijährigen Zeitraumes** zu. Die 12-Monats-Frist beginnt mit dem Monat der erstmaligen Beschäftigung von Arbeitnehmern. Wird der erste Arbeitnehmer erst ab dem 12. Monat nach der Neugründung beschäftigt, reduziert sich die Befreiung auf die **ersten drei beschäftigten Arbeitnehmer**.

- **Kirchenbeitrag**

Beiträge an gesetzlich anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften können ab 2012 bis zu einem **Höchstbetrag von € 400** steuerlich als **Sonderausgabe** abgesetzt werden.

Aktuelles zum Thema Auto

- **Das Fahren mit ausländischen Kennzeichen in Österreich**

Laut Medienberichten führt die Finanz derzeit schwerpunktmäßig Kontrollen bei **in Österreich verwendeten Kfz mit ausländischen Kennzeichen** durch. Kontrolliert wird, ob diese Kfz aus kraftfahrrechtlicher Sicht im Inland **zugelassen** werden müssten und daher in Österreich die **Normverbrauchsabgabe (NoVA)** zu entrichten ist. Dabei ist zu beachten, dass der NoVA auch die **Verwendung eines Kfz im Inland unterliegt, wenn es nach Kraftfahrzeuggesetz (KFG) im Inland „zuzulassen wäre“**. Dieser Auffangtatbestand bewirkt, dass auch jene Kfz in die NoVA-Pflicht einbezogen werden, die im Inland verwendet, aber zur Vermeidung der NoVA-Pflicht im Ausland zugelassen werden. Unter welchen Voraussetzungen ein **Fahrzeug mit ausländischem Kennzeichen im Inland zugelassen** werden muss, bestimmt sich nach dem **dauernden Standort des Fahrzeuges** im Sinne des KFG. Für weiterführende Details fragen Sie ihren Steuerberater.

BMF-Kassenrichtlinie 2012 (KRL 2012)

In der kurz vor dem Jahreswechsel veröffentlichten „**Kassenrichtlinie 2012**“ nimmt das BMF – unter Bedachtnahme auf die gesetzlichen Änderungen bei den Aufzeichnungs- und Aufbewahrungspflichten (zB Barbewegungsverordnung) und auf die fortschreitende technische Entwicklung – zu den in der Praxis **immer häufiger auftretenden Fragen der Ordnungsmäßigkeit von Kassensystemen** Stellung. In der Richtlinie werden nicht nur die verschiedenen **Typen von Registrierkassen und Kassensystemen** näher beschrieben, sondern es wird neben den rechtlichen Rahmenbedingungen auch dargestellt, welche **Grundaufzeichnungen** nach Ansicht des BMF zu führen sind und welche Daten in welcher Form

erfasst, aufgezeichnet und aufbewahrt werden sollen. Weiters wird beschrieben, welche sonstigen Kriterien bei der Nutzung von Registrierkassen und Kassensystemen zu beachten sind, um die Grundsätze der Ordnungsmäßigkeit zu erfüllen.

Durch die Kassenrichtlinie sollen

- die **Grundsätze, Rahmenbedingungen und einheitlichen Regelungen** zum Zweck der leichteren Beurteilung, ob und inwieweit die **jeweilige Kasse** und die **dazugehörigen Aufzeichnungen** im Einzelfall die **Kriterien der Ordnungsmäßigkeit erfüllen**, näher dargestellt werden;
- die in der Praxis immer häufiger auftretenden **Fragen zur Ordnungsmäßigkeit von einzelnen Kassensystemen** beantwortet werden (wobei eine Zertifizierung von einzelnen Kassentypen oder bestimmten Kassen durch das BMF aber weiterhin nicht vorgesehen ist) und
- auf diese Weise die **Rechtssicherheit für Unternehmen und Kassenhersteller erhöht** und eine Basis für eine **einheitliche Verwaltungspraxis** im Sinn der Gleichmäßigkeit der Besteuerung geschaffen werden.

Die Kassenrichtlinie gibt die Rechtsansichten des BMF wieder, sie kann aber keine über die gesetzlichen Bestimmungen hinausgehenden Rechte und Pflichten begründen.

Aktuelle Zinsen

- **Die neuen steuerlich relevanten Zinssätze ab 14.12.2011**

Auf Grund der Senkung des **Basiszinssatzes** von 0,88 % auf **0,38 %** wurden ab 14.12.2011 auch die **Stundungszinsen für Abgabenschulden** und die **Anspruchs- und Aussetzungszinsen** gesenkt. Für die neu ab 1.1.2012 eingeführten **Berufungszinsen** (siehe im Detail auch oben) beträgt der Zinssatz ebenfalls 2,38 %.

Die für steuerliche Zwecke relevanten **Zinssätze** haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Wirksamkeit ab	Basiszinssatz	Stundungszinsen	Aussetzungszinsen	Anspruchszinsen	Berufungszinsen Neu ab 1.1.2012
13.05.2009	0,38%	4,88%	2,38%	2,38%	-
13.07.2011	0,88%	5,38%	2,88%	2,88%	-
14.12.2011	0,38%	4,88%	2,38%	2,38%	-
01.01.2012	0,38%	4,88%	2,38%	2,38%	2,38%

- **Verzugszinsen der SVA**

Wer die Beiträge an die SVA nicht innerhalb von 15 Tagen nach Fälligkeit bezahlt, muss ab 1.1.2012 mit **Verzugszinsen** in Höhe von **8,88%** rechnen.

Splitter

- **Jobticket**

Seit 2011 ist auch die **Beförderung der Arbeitnehmer zwischen Wohnung und Arbeitsstätte mit einem Massenbeförderungsmittel als Werkverkehr nicht steuerbar**, wenn die Voraussetzungen für ein Pendlerpauschale vorliegen. Ein Werkverkehr ist nur dann gegeben, wenn der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für die Strecke Wohnung – Arbeitsstätte eine **nicht übertragbare Streckenkarte** zur Verfügung stellt. Die Zurverfügungstellung einer **Netzkarte** ist nur dann zulässig, wenn für das betreffende öffentliche Verkehrsmittel keine Streckenkarten angeboten werden oder die Netzkarte nicht mehr kostet als die Streckenkarte. Zu beachten ist weiters, dass die Rechnung auf den Arbeitgeber lautet und insbesondere auch den Namen des Arbeitnehmers beinhaltet.

- **Neue Liebhabereirichtlinien 2012**

Das BMF hat die bisherigen Liebhabereirichtlinien aus 1997 überarbeitet und mit Anfang 2012 **neue Liebhabereirichtlinien 2012** (LRL) erlassen. Die wesentlichsten Änderungen sind:

- Die LRL sehen nun eine **subjektbezogene Betrachtung** vor. Jede (entgeltliche oder unentgeltliche) Übertragung einer Einkunftsquelle führt grundsätzlich zur Beendigung der Betätigung für den Übertragenden bzw zum Neubeginn des Gesamtgewinn- bzw Gesamtüberschusszeitraums beim Übernehmenden.

- o Erstmals werden Aussagen zur **Liebhabe bei Kapitalgesellschaften** getroffen. Nach Ansicht des BMF geht eine Ergebniskorrektur um verdeckte Ausschüttungen einer Liebhabereiprüfung bei der Kapitalgesellschaft vor. Offene und verdeckte Ausschüttungen führen beim Gesellschafter zu Einkünften, auch wenn auf Ebene der Kapitalgesellschaft Liebhaberei vorliegt. Beim Wandel von der Einkunftsquelle zur Liebhaberei werden die Anlagegüter in die **außerbetriebliche Sphäre der Kapitalgesellschaft** überführt. Die darin enthaltenen **stillen Reserven sollen als „nachhängiges Betriebsvermögen“ steuerverfangen bleiben**. Ferner meint das BMF, dass eine Liebhabereikapitalgesellschaft zwar Gruppenträger, aber nicht Gruppenmitglied sein kann.

- **Sanktionen bei mangelhaften Stelleninseraten**

Die Verpflichtung, in **Stelleninseraten** das für den zu besetzenden Arbeitsplatz geltende **kollektivvertragliche (oder sonst reglementierte) Mindestentgelt anzugeben** und auf die Bereitschaft zur Überzahlung hinzuweisen, besteht bereits seit dem 1.3.2011. Ein Verstoß gegen diese Verpflichtung war im Jahr 2011 noch ohne Straffolge. Seit dem 1.1.2012 sind einschlägige **Strafbestimmungen** in Kraft getreten. Beim erstmaligen Verstoß gegen die Entgeltangabepflicht ist der Arbeitgeber bzw der Arbeitsvermittler zu ermahnen. Im Wiederholungsfall sind von der Bezirksverwaltungsbehörde **Geldstrafen bis € 360** zu verhängen. Bestraft werden nicht nur fehlende, sondern auch falsche Angaben. Auch Stellenbewerber können die Mangelhaftigkeit eines Stelleninserats bei der Bezirksverwaltungsbehörde anzeigen.

Termine: Übersicht für das erste Halbjahr 2012

29.2.2012:

- Frist für die elektronische Übermittlung der **Jahreslohnzettel 2011** (Formular L 16), der **Mitteilungen nach § 109a EStG** (Formular E 109a) und der neuen **Meldung für Auslandszahlungen nach § 109b EStG** (Formular E 109b) über ELDA (elektronischer Datenaustausch mit den Sozialversicherungsträgern; www.elda.at) bzw für Großarbeitgeber über ÖSTAT (Statistik Austria).

31.3.2012:

- Einreichung der **Jahreserklärungen 2011 für Kommunalsteuer und Dienstgeberabgabe** (Wiener U-Bahnsteuer).

1.4.2012:

- Die **neue Wertpapiergewinnsteuer** (Besteuerung von Einkünften aus realisierten Wertzuwächsen und aus Derivaten **mit 25% KESt**, im Regelfall durch Steuerabzug durch die Bank) tritt in Kraft.

30.4.2012:

- Frist für die **Einreichung der Steuererklärungen 2011** beim Finanzamt in **Papierform**.

30.6.2012:

Frist für die **elektronische Einreichung der Steuererklärungen 2011** beim Finanzamt **via FinanzOnline** (wobei für alle von einem Wirtschaftstreuhänder vertretenen Steuerpflichtigen bekanntlich Sonderregelungen bestehen).

Sozialversicherungswerte und –Beiträge für 2012

ECHTE UND FREIE DIENSTNEHMER (ASVG)

Höchstbeitragsgrundlage in €	jährlich	monatlich	täglich
laufende Bezüge	---	4.230,00	141,00
Sonderzahlungen ¹⁾	8.460,00	---	---
Freie Dienstnehmer ohne Sonderzahlungen	---	4.935,00	---
Geringfügigkeitsgrenze	---	376,26	28,89

Beitragssätze je Beitragsgruppe	gesamt	Dienstgeber-Anteil	Dienstnehmer-Anteil
Arbeiter			
Unfallversicherung	1,40 %	1,40 %	---
Krankenversicherung	7,65 %	3,70 %	3,95 %
Pensionsversicherung	22,80 %	12,55 %	10,25 %
Sonstige (AV, KU, WF, IE)	8,05 %	4,05 %	4,00 % ²⁾
Gesamt	39,90 %	21,70 %	18,20 %
BV-Beitrag (ohne Höchstbeitragsgrundlage)	1,53 %	1,53 %	---

Angestellte			
Unfallversicherung	1,40 %	1,40 %	---
Krankenversicherung	7,65 %	3,83 %	3,82 %
Pensionsversicherung	22,80 %	12,55 %	10,25 %
Sonstige (AV, KU, WF, IE)	8,05 %	4,05 %	4,00 % ²⁾
Gesamt	39,90 %	21,83 %	18,07 %
BV-Beitrag (ohne Höchstbeitragsgrundlage)	1,53 %	1,53 %	---
Freie Dienstnehmer			
Unfallversicherung	1,40 %	1,40 %	---
Krankenversicherung	7,65 %	3,78 %	3,87 %
Pensionsversicherung	22,80 %	12,55 %	10,25 %
Sonstige (AV, KU, WF, IE)	7,05 %	3,55 %	3,50 % ²⁾
Gesamt	38,90 %	21,28 %	17,62 %
BV-Beitrag (ohne Höchstbeitragsgrundlage)	1,53 %	1,53 %	---
Entfallende Beiträge - ältere Dienstnehmer			
Männer/Frauen vollendetes 58.Lj (AV)	-6,00 %	-3,00 %	-3,00 %
Frauen - Anfallsalter vorz Alterspension (AV/IE)	-6,55 %	-3,55 %	-3,00 %
Männer/Frauen vollendetes 60.Lj (AV/IE/UV)	-7,95 %	-4,95 %	-3,00 %
Pensionisten			
Krankenversicherung = gesamt	5,10 %	-	5,10 %
Geringfügig Beschäftigte		bei Überschreiten der 1,5-fachen Geringfügigkeitsgrenze ³⁾	bei Überschreiten der Geringfügigkeitsgrenze aus mehreren Dienstverhältnissen ⁴⁾
Arbeiter		17,80 %	14,20 %
Angestellte		17,80 %	13,65 %
Freie Dienstnehmer		17,80 %	14,20 %
BV-Beitrag („Abfertigung neu“)		1,53 %	---
Selbstversicherung (Opting In)		53,10 € monatlich	

1) Für Sonderzahlungen verringern sich die Beitragssätze bei Arbeitern und Angestellten um 1 % (DN-Anteil) bzw 0,5 % (DG-Anteil), bei freien Dienstnehmern nur der DN-Anteil um 0,5 %.

2) Der 3 %ige Arbeitslosenversicherungsbeitrag (AV) vermindert sich für Dienstnehmer mit einem Monatsbezug von unter € 1.456

3) UV 1,4 % zuzüglich pauschale Dienstgeberabgabe 16,4 %

4) inkl 0,5 % Arbeiterkammerumlage

daher Höchstbeiträge (ohne BV-Beitrag) in €	monatlich	jährlich
Arbeiter/Angestellte (inklusive Sonderzahlungen)	1.687,77	23.501,88
Freie Dienstnehmer (ohne Sonderzahlungen)	1.919,72	23.036,58

GEWERBETREIBENDE UND SONSTIGE SELBSTÄNDIGE (GSVG / FSVG)

Mindest- und Höchstbeitragsgrundlagen und Versicherungsgrenzen in €	vorläufige und endgültige Mindestbeitragsgrundlage bzw Versicherungsgrenzen		vorläufige und endgültige Höchstbeitragsgrundlage	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
Gewerbetreibende				
Neuzugänger im 1. bis 3. Jahr	537,78	6.453,36	4.935,00	59.220,00
ab dem 4. Jahr – in der KV	671,02	8.052,24	4.935,00	59.220,00
ab dem 4. Jahr – in der PV	654,83	7.857,96	4.935,00	59.220,00
Sonstige Selbständige				
mit anderen Einkünften	376,26	4.515,12	4.935,00	59.220,00
ohne andere Einkünfte	537,78	6.453,36	4.935,00	59.220,00

Berechnung der vorläufigen monatlichen Beitragsgrundlage:

(bis zum Vorliegen des Steuerbescheides für 2012):

Einkünfte aus versicherungspflichtiger Tätigkeit lt Steuerbescheid 2009

+ in 2009 vorgeschriebene KV- und PV-Beiträge

= Summe

x 1,052 (Inflationsbereinigung)

: Anzahl der Pflichtversicherungsmonate 2009

Beitragssätze	Gewerbetreibende	FSVG	Sonstige Selbständige
----------------------	------------------	------	-----------------------

Unfallversicherung pro Monat	8,25 €	8,25 €	8,25 €
Krankenversicherung	7,65 %	---	7,65 %
Pensionsversicherung	17,50 %	20,0 %	17,50 %
Gesamt	25,15 %	20,0 %	25,15 %
BV-Beitrag (bis Beitragsgrundlage)	1,53 %	freiwillig	1,53 %

Mindest- und Höchstbeiträge in Absolutbeträgen (inkl UV) in € (ohne BV-Beitrag)	vorläufige Mindestbeiträge		vorläufige und endgültige Höchstbeiträge	
	monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
Gewerbetreibende				
Neuzugänger im 1. und 2. Jahr	143,50	1.722,00	913,02	10.956,18
Neuzugänger im 3. Jahr	143,50	1.722,00	1.249,40	14.992,83
ab dem 4. Jahr	174,18	2.090,16	1.249,40	14.992,83
Sonstige Selbständige				
mit anderen Einkünften	102,88	1.234,56	1.249,40	14.992,83
ohne andere Einkünfte	143,50	1.722,00	1.249,40	14.992,83

ACHTUNG:

Anmeldung Dienstnehmer

Wir möchten an dieser Stelle nochmals daran erinnern, dass sorgfältigst darauf zu achten ist, dass Dienstnehmer **VOR** Dienstantritt anzumelden sind.

Ebenso sind die Arbeitszeitaufzeichnungen laufend und vollständig für jeden Dienstnehmer zu führen.

Bei Nichtbeachtung sind empfindliche Strafzahlungen die Folge !!!!!

Hinweis: Wir haben die vorliegende Klienten-Info mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt, bitten aber um Verständnis dafür, dass sie weder eine persönliche Beratung ersetzen kann, noch, dass wir irgendeine Haftung für deren Inhalt übernehmen können.

Diese Klienteninformation finden Sie ab sofort auch auf unserer WebSite unter: www.wtkufstein.at